

*Fasching, H. gem. mit Wetzel, G. (2003). Probleme und Chancen Jugendlicher mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Bezug auf die berufliche Integration. 2. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen (ÖFEB), Thema: „Grenzen überschreiten in Bildung und Schule“, September 2002 in Klagenfurt, CD-Rom (5 Seiten).*

**Fasching, Helga und Wetzel, Gottfried**

## **Probleme und Chancen Jugendlicher mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Bezug auf die berufliche Integration**

### **Von der Notwendigkeit der Integration im nachschulischen Bereich**

Integration als Leitgedanke in der Behindertenpädagogik und Sonder- und Heilpädagogik bezog sich zunächst lange Jahre auf die schulischen und vorschulischen Institutionen im Bildungswesen. Zunehmend stellte sich jedoch auch die Frage nach der Fortführung des Integrationsprozesses bezüglich Berufsbildung und Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt<sup>1</sup>. Niehaus (2000, 324) stellt fest: „Die Forschungsbemühungen und theoretischen Auseinandersetzungen zur Gestaltung der nachschulischen Integration sowie zur Gestaltung eines gemeinsamen Lebens und Arbeitens von Frauen und Männer mit Behinderungen und Nichtbehinderten sind weder innerhalb der sonderpädagogischen Integrationsforschung noch innerhalb der integrationspädagogischen Ansätze ausreichend zu finden. Damit werden nicht nur wichtige Lebensbereiche ausgeklammert, sondern es geraten auch Lernfelder und Qualifikationsanforderungen im schulischen Bildungsprozess aus dem Blickfeld, die für eine nachschulische Integrationsphase von entscheidender Bedeutung sind.“ Hovorka (2000, 298) weist darauf hin, dass die „Schule nur eine kurze Lebensphase umfasst und integrative Bemühungen auch außerhalb dieses gebäudlich begrenzten Begegnungs- und Erfahrungsraums thematisiert und durchgesetzt werden müssen“. Sonderpädagogische Forschung kann sich angesichts der Tatsache, dass Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei der beruflichen Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind, diesem Problem nicht versperren.

### **Jugendliche mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF)**

Die Novelle zum Schulpflichtgesetz BGB1. Nr. 515 im Jahre 1993 ersetzte hinsichtlich der schulischen Förderung behinderter Kinder die Sonderschulbedürftigkeit durch den SPF. Somit wurde die Möglichkeit sonderpädagogischer Förderung im österreichischen Schulwesen über den Besuch

---

<sup>1</sup> Anm.: Der allgemeine Arbeitsmarkt wird auch „erster“ Arbeitsmarkt genannt und bezeichnet die Arbeit außerhalb von Sonderinstitutionen wie z. B. „Geschützte Werkstätten“ und „Beschäftigungstherapie-Einrichtungen“. Er umfasst die reguläre sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit.

einer Sonderschule hinaus wesentlich erweitert. Seit dem Schuljahr 1993/94 ist ein quantitativer Anstieg der SchülerInnen mit SPF in der allgemeinen Schule zu vermerken. Rückblickend auf das Schuljahr 2000/2001 waren in Österreich 49,8 % der SchülerInnen mit SPF in Regelschulen eingegliedert und 50,2 % der SchülerInnen mit SPF besuchten Sonderschulen. Davon besuchten 1449 SchülerInnen die 8. Schulstufe der Hauptschule (Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Österreichische Schulstatistik 2000/1).

Die schulische Integration ist ab der 9. Schulstufe gesetzlich noch nicht geregelt. Für Jugendliche mit SPF mangelt es an wichtigen schulischen Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten in Berufsschulen und beruflichen mittleren Schulen, und vielen bleibt der schulische Weg zur individuellen Weiterentwicklung und Nachreifung somit versagt. Zudem fehlen für diese Personengruppe Unterstützungs- und Betreuungsmaßnahmen in der nachschulischen Phase, d. h. wenn es um die berufliche Integration geht.

Der Begriff SPF existiert nur im Bereich der Schule<sup>2</sup> und durch die sonderpädagogische Förderung soll für behinderte Kinder „eine ihren persönlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechende schulische Bildung und Erziehung verwirklicht werden. Sie soll zu einem möglichst hohen Maß an schulischer und beruflicher Eingliederung, gesellschaftlicher Teilhabe und selbständiger Lebensgestaltung beitragen“ (BM/UK o. J., 16). Von der gleichen Auffassung sind auch die „Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland“ der KMK (Kultusministerkonferenz) geprägt, in denen die Empfehlung ausgesprochen wird, jungen Menschen mit SPF Wege zu einer qualifizierten Berufsbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, oder, wo dies nicht durchführbar erscheint, in einem für Behinderte vorgesehenen Ausbildungsberuf zu öffnen, um damit eine dauerhafte Eingliederung in die Arbeitswelt zu schaffen (Vgl. KMK 1999, 13). Sonderpädagogische Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Schule soll sich auf deren berufliche und soziale Eingliederung orientieren. Diese Forderung steht jedoch im Spannungsfeld zu den realen Möglichkeiten, dass Jugendliche einen Beruf erlernen und eine Erwerbstätigkeit ausüben können. Die über Jahre geführten Prozesse sonderpädagogischer Förderung dieser Jugendlichen reibt sich vor allem an den Ausbildungs- und Vermittlungschancen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Frage der Integration von Jugendlichen mit SPF stellt sich nach der Schule ebenso dringlich. Hierbei kann eine gezielte Unterstützung und Förderung nur durch die Kenntnis ihrer Problemlagen ermöglicht werden.

## **Problemlagen**

Die berufliche Integration von Jugendlichen mit SPF ist durch eine Fülle von Problemen, wie zum Beispiel die zu erwartende wirtschaftlich oft ungesicherte Basis, die geringe soziale Attraktivität in privaten Beziehungen und durch die kaum stabilisierend wirkenden Familienbeziehungen der Jugendlichen, gekennzeichnet (Brandt 1996; Stein 1999). Betriebe äußern oft Vorbehalte, Menschen mit Behinderungen auszubilden oder zu beschäftigen, die auch auf Vorurteile und Unwissenheit über die Leistungsfähigkeit und Verhaltensweisen zurückzuführen sind

---

<sup>2</sup> Anm.: Das BMSG erwähnt in ihren Konzepten zu den Maßnahmen der beruflichen Integration (Clearing, Integrationsassistenz...) inzwischen auch gelegentlich den Begriff „SPF“.

(Jacobs 1997; Niehaus et al. 2002). Für einen großen Teil von Jugendlichen mit SPF ist eine berufliche Integration am allgemeinen Arbeitsmarkt deshalb nur schwer zu erreichen. Das Leistungsvermögen dieser jungen Menschen, ihre soziale Herkunft, das kulturelle Umfeld ihres Aufwachsens, ihr Geschlecht, aber nicht zuletzt die Entwicklung des Arbeitsmarktes und negative Einstellungen von Seiten der Betriebe sind prägend für das, was die Problemlagen von Jugendlichen mit Behinderungen bei der beruflichen Integration ausmachen (Willand & Verbeck 1994; Orthmann 2000). Arbeit ist aber ein wesentlicher Faktor für die soziale Integration und für ein gesichertes Einkommen. Vor diesem Hintergrund müssen Bedingungen geschaffen werden, die in hohem Maße zu einem erfolgreichen beruflichen Integrationsprozess beitragen können.

Um der Benachteiligung entgegen zu wirken, ist vor allem die Politik aufgerufen, Zielsetzungen zu treffen, die die Chancen für benachteiligte Gruppen erhöhen. Zielgruppe zur Verbesserung des Überganges von der Schule in das Berufsleben sind SchulabgängerInnen mit SPF und arbeitssuchende Jugendliche mit beschäftigungsrelevanten Behinderungen (d.h. auch sozial benachteiligte Jugendliche bzw. „schwierige Kids“) zwischen 13 und 25 Jahren, die aufgrund verschiedener Handicaps nur mit kontinuierlicher Unterstützung und Begleitung die berufliche Integration schaffen können.

### **Chancen durch integrative Berufsvorbereitung und IntegrationsassistentInnen**

In anderen westlichen Industrieländern (Schweden, Dänemark, Großbritannien, Niederlande, USA) ist im Vergleich zu Österreich ein zentraler Bestandteil, dass für diese Zielgruppe (integrative) Schulformen im Sekundarbereich II angeboten werden (d.h. Öffnung des Berufsschulwesens und der berufsbildenden mittleren Schulen) (Vgl. Wetzel & Wetzel 2001). Es sollte auch in Österreich eine klare gesetzliche Regelung analog zum „school to work act“ der USA eingeführt werden, um die „Clearing-“, und „Jugendassistent-Maßnahmen“ beständig und flächendeckend zu gewährleisten (Vgl. Lebenshilfe Österreich 2002). Vorteilhaft sind dabei duale Maßnahmen, kombinierte Aus- und Weiterbildungsprogramme, abgestufte Programme mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad und sogenannte Nachreifungsangebote. Auch inhaltlich sollte bei einer „Teilqualifizierungslehre“ im Rahmen eines Modul-/Kurssystems eine möglichst individuelle Passung möglich sein, also kein durchgängiges Kurswesen, sondern ein modulares Kurssystem, das sich am jeweiligen Bedarf der SchülerInnen orientiert. In Slowenien sind die Berufsschulen auch für SchülerInnen mit „special needs“ zugänglich (bei Bedarf drei anstelle von zwei Jahren Zeit dafür), während in Österreich diejenigen, die es am schwersten haben als Erstes auf den Arbeitsmarkt „geschmissen“ werden.

Ziel der Integrationsassistenten sollte die Orientierung an den Stärken der Einzelnen sein und sie sollte deren Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigen, wozu eine dementsprechende Flexibilität der gebotenen Maßnahmen notwendig ist (Vgl. Hinz & Boban 2001). Bewährt hat sich die Erstellung eines verpflichtenden *individuellen Förder- und Karriereplanes* bereits vor dem Ende der Pflichtschulzeit (in Österreich ist die Eingangsphase mit Gutachten/Förderplänen geregelt, aber nicht die Ausgangsphase) plus Ergänzungen während einer Berufsvorbereitung, falls eine solche Maßnahme durchgeführt wird. So ein Plan umfasst eine Einschätzung der

besonderen Bedürfnisse, der persönlichen Kompetenzen, der beruflichen Wünsche und Interessen u.ä. sowie die einzelnen angestrebten Schritte bis hin zur beruflichen Integration. Entsprechende „Karriereentscheidungen“ erfolgen gemeinsam mit den betroffenen Jugendlichen, deren Familie, dem Lehrpersonal sowie gegebenenfalls unter Beiziehung von speziellen ExpertInnen.

Es muss bei Schulaustritt klar sein, wer nun was in Zukunft macht und für was zuständig ist. Insbesondere wenn Probleme bei der beruflichen Integration auftreten oder sich etwa individuelle Lebensumstände oder berufliche Wünsche verändern, erscheint ein rasches (re-)agieren bzw. die Wiederaufnahme oder Intensivierung der Betreuung sinnvoll. Bei Erfolg der beruflichen Integration genügt ein loser Kontakt. Übergangsbegleitung darf nicht mit einer „Erstversorgung“ enden, sondern ist als langfristiger Prozess mit geregelten Zuständigkeiten zu verstehen. Bewährt hat sich auch das Modell „placement before qualification“: es wird ein (Nischen-)Arbeitsplatz gesucht und dann vor Ort die notwendige Ausbildung durchgeführt.

Univ.-Ass. Dr. Helga Fasching, Universität Wien

Email: helga.fasching@univie.ac.at

Univ.-Ass. Dr. Gottfried Wetzel, Universität Salzburg

Email: gottfried.wetzel@sbg.ac.at

## **Literatur**

Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, Abteilung I/8 und Zentrum für Schulentwicklung Klagenfurt, Bereich I. (Hrsg.). (o. J.). Sonderpädagogischer Förderbedarf bei lern- und verhaltensbehinderten Kindern.

Brandt, M. (1996). Berufschancen von Absolventen der Schule für Lernbehinderte. In H. Eberwein (Hrsg.), Handbuch Lernen und Lern-Behinderungen. Aneignungsprobleme, Neues Verständnis von Lernen, Integrationspädagogische Lösungsansätze. Weinheim; Basel: Beltz Verlag (212-225).

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Abteilung VI/1, Österreichische Schulstatistik 200/1. Sonderauswertung aus der Schulstatistik 200/1 für SchülerInnen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf.

Hinz, A. & Boban, I. (2001). Integrative Berufsvorbereitung: unterstütztes Arbeitstraining für Menschen mit Behinderung. Neuwied; Berlin: Luchterhand.

Hovorka, H. (2000). Gemeindenahe schulübergreifende Integration(spädagogik): Eine bildungs- und sozialpolitische Herausforderung. In H. Hovorka & M. Sigot (Hrsg.), Integration(spädagogik) am Prüfstand: Menschen mit Behinderungen außerhalb der Schule. Innsbruck; Wien; München: Studien Verlag (297-321).

Jacobs, K. (1997). Die Übergangsphase Schule/Arbeitswelt als pädagogische Herausforderung für die Schule für Lernhilfe: Gedanken zu ihrer didaktisch-

methodischen Ausgestaltung im Hinblick auf eine berufliche Eingliederung. In Die neue Sonderschule, 42 (91-106).

KMK: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Empfehlungen zum Förderschwerpunkt Lernen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01. 10. 1999.

Lebenshilfe Österreich (2002). Clearing Und weiter? Endbericht. Wien: Lebenshilfe Österreich.

Niehaus, M. (2000). Forschungsdefizite in der pädagogischen Integrationsforschung und Vorschläge zur Entwicklung ökosystemischer Analyseansätze. In H. Hovorka & M. Sigot (Hrsg.), Integration(spädagogik) am Prüfstand: Menschen mit Behinderungen außerhalb der Schule. Innsbruck; Wien; München: Studien Verlag (312-334).

Niehaus, M.; Schmal, A.; Bernhard, D., Fasching, H. & Simbrig, I. (2002). Bildungsbedarfsanalyse für betriebliche Akteure angesichts neuer Aufgaben im Rahmen des „Disability Management“. In K. Eckstein & J. Thonhauser (Hrsg.), Einblicke in Prozesse der Forschung und Entwicklung im Bildungsbereich. Innsbruck; Wien; München; Bozen: Studien Verlag (81-94).

Orthmann, D. (2000). Nachschulische Lebensperspektiven lernbehinderter Mädchen. Anmerkungen zum aktuellen Forschungsstand. In Zeitschrift für Heilpädagogik, 3 (108 – 114).

Stein, R. (1999). Pädagogik bei Lernbeeinträchtigten unter besonderer Berücksichtigung des Berufsbezugs: Perspektiven für Forschung und Lehre. In Zeitschrift für Heilpädagogik, 11 (502-510).

Wetzel, G. & Wetzel, P. (2001). Betreuung behinderter Jugendlicher an der Schnittstelle von Schule und Beruf – eine internationale Vergleichsstudie. In W. Specht; G. Wetzel; P. Wetzel, & V. Rutte (Hrsg.), Jugendliche mit Behinderungen zwischen Schule und Beruf - Berichte aus dem "Projekt Schnittstelle: Schule - Arbeitswelt - Soziale Integration". Forschungsbericht 29. Graz: Zentrum für Schulentwicklung/ BM:BWK (77-146).

Willand, H. & Verbeck, J. (1994). Beruf – Kernstück von Integration. Berufs- und Lebensbewährung Lernbehinderter als Kriterium für die Legitimation und Leistungsfähigkeit von Fördereinrichtungen für Lernbehinderte. In Zeitschrift für Heilpädagogik, 7 (434-451).